

2. Landesparteitag 2. Tagung

DIE LINKE. Landesverband Brandenburg
5./6. März 2011, Kongresshotel Potsdam

Arbeitsheft 7

DIE LINKE.
B R A N D E N B U R G

Inhaltsverzeichnis

Übersicht der Redaktionskommission zu den A-Anträgen	3
Übersicht der Antragskommission zu den Anträgen B bis D	5
Änderungsanträge zum Leitantrag	
Änderungsantrag A 1.1	7
Änderungsantrag A 1.2	7
Änderungsantrag A 1.3	9
Änderungsantrag A 1.4	10
Änderungsantrag A 1.5	10
Änderungsantrag A 1.6	10
Änderungsantrag A 1.7	11
Änderungsantrag A 1.8	11
Änderungsantrag A 1.9	12
Antrag A 1 - Neufassung nach Übernahmen	13
Leitantrag: Den Wandel sozial gestalten	
Antrag A9 (Initiativantrag) Neufassung	21
Arbeitnehmerfreizügigkeit – gute Arbeit - Chancen für unsere deutsch-polnische Region	
Initiativantrag A10	24
DIE LINKE Brandenburg für Fortsetzung der Diskussion um Technolo- gien zur Senkung des CO ₂ -Ausstoßes - Ohne CCS-Gesetz keine Er- kundung	
Änderungsantrag C 1.3 Neufassung	26
Programm zur Nachwuchsförderung	
Änderungsantrag C 1.4	27
Zum Antrag C1 Die neue Partei mit Leben füllen	

Übersicht der Redaktionskommission zu den der Änderungsanträge zum Leitantrag und zu den weiteren A-Anträgen

Antrag	Änderungsantrag	Heft	Seite	Bezug auf Ursprungsantrag Zeile	Anmerkung
A1 (Leitantrag)					
	ÄÄ 1.1				
	ÄÄ 1.1.1	2	3	47/48	Offen
	ÄÄ 1.1.2	2	3	57ff.	Zurückgezogen
	ÄÄ 1.1.3	2	6	154	Zurückgezogen
	ÄÄ 1.1.4	2	7	221	Übernahme durch LV
	ÄÄ 1.1.5	2	8	245	Übernahme durch LV
	ÄÄ 1.2				
	ÄÄ 1.2.1	2	6	185ff.	Zurückgezogen
	ÄÄ 1.2.2	2	6	176ff	Übernahme durch LV
	ÄÄ 1.2.3 (alternativ zu 1.2.1)	2	6	184ff	Übernahme durch LV
	ÄÄ 1.3				
	ÄÄ 1.3.1	2	3	47-49	Offen
	ÄÄ 1.3.2	2	3	50-63	Offen
	ÄÄ 1.4	2	3	22	Übernahme durch LV
	ÄÄ 1.5				
	ÄÄ 1.5.1	2	4	82	Übernahme durch LV
	ÄÄ 1.5.2	2	4	88	Übernahme durch LV
	ÄÄ 1.5.3	2	4	90	Übernahme durch LV
	ÄÄ 1.5.4	2		47	Offen

	ÄA 1.6	2	4	91	Übernahme durch LV
	ÄA 1.7	2	3	14	Übernahme durch LV
	ÄA 1.8	2	10	346	Übernahme durch LV
	ÄA 1.9	2	3	24ff	Übernahme durch LV
A2 (Kommunen)		2	11		Offen
	ÄA 2.1	5	7	20	Offen
	ÄA 2.2	5	7	43f.	Offen
A3 Neufassung (Gemeinschaftsschule)	Keine ÄA	5	8		Offen
A4 (Wassergesetz)	Keine ÄA	2	20		Bitte um Überweisung an LTF
A5 (Ökologie)	Keine ÄA	2	24		Kompromissvariante in Arbeit
A6 (Berlin-Brandenburg)	Keine ÄA	2	25		Empfehlung: Überweisung an LV mit Auftrag in Leitbilddebatte einzubeziehen
A7 (Integration)	Keine ÄA	2	27		Offen
A8 (int. Katastrophenhilfe)	Keine ÄA	5	10		Empfehlung: Überweisung an LV mit Auftrag in Programmdebatte einzubeziehen

A 9 Neufassung (Arbeitnehmerfreizügigkeit)	Keine ÄÄ	7			Offen
A10 (CCS)	Keine ÄÄ	7			Offen

Übersicht der Antragskommission zu den Anträgen B bis D

Verfahrens- und Satzungsanträge	Einreicher	Heft	Seite	Anmerkungen
B1 Trennung von Regierungsamt und Mandat	LV	3	3	
B2 Gemeinsame Sitzungen von LV und LA	LV	3	4	Hinfällig wegen Neufassung
B2.1 Änderungsantrag	Michael Böhner	5	15	Hinfällig wegen Übernahme
B2 Neufassung nach Übernahme von B2.1 Gemeinsame Sitzungen von LV und LA	LV	5	16	
B3 Erarbeitung eines Vorschlags für die LTW Landesliste	LV	3	6	
B3.1 Änderungsantrag	Michael Böhner	5	18	
B3.2 Änderungsantrag	KV Potsdam	5	19	
B3.3 Änderungsantrag	KV Lausitz	5	20	
B4 Delegierte mit beratender Stimme für LPT	LAG ASG	5	21	
Anträge zum Thema Parteireform				
€1 Die neue Partei mit Leben füllen	LV	4	3	Hinfällig wegen Neufassung
C1 Neufassung Die neue Partei mit Leben füllen	LV	6	3	
C1 alternativ: Alternativantrag „Die Demokratiebewegung für soziale Gerechtigkeit – DIE LINKE Brandenburg 2020“	Michael Böhner u.a.	6	26	

C1.1 Änderungsantrag zum Treffen von Vertretern der Kreisvorstände	KV Potsdam	4	27	
C1.2 Änderungsantrag zum Projekt Kleine Zeitungen	KV Potsdam und LAG Rote Reporter	4	28	
C1.3 Änderungsantrag zum Programm für Nachwuchsförderung	Mitglieder des Lehrgangs Politikmanagement	6	41	Hinfällig wegen Neufassung
C1.3 Neufassung Änderungsantrag zum Programm für Nachwuchsförderung	Mitglieder des Lehrgangs Politikmanagement	7		
C1.4 Änderungsantrag zum Thema Zusammenarbeit Vorstände und Fraktionen		7		
C1.5 Änderungsantrag (Thema vertagen auf Aktivenkonferenz)	KV Potsdam	6	42	
weitere Anträge				
D1 Antrag zum Delegierten-schlüssel für den Landesaus-schuss 2012/2013	LV	3	9	
D2 Bezug zum Bedingungslo-sen Grundeinkommen (BGE) in das Parteiprogramm aufneh-men!	LAG BGE	5	22	

Änderungsantrag A 1.1

Zum Leitantrag

Einreicher: Harald Petzold

Zeile 47/48

„Der verstärkte Einsatz Erneuerbarer Energien“
ersetzen durch „Der vorrangige Ausbau Erneuerbarer Energien

Zeile 57 ff (ZURÜCKGEZOGEN)

„damit alle Fragen des Erkundungsverfahrens sowie die Erkundungsergebnisse transparent, zeitnah und öffentlich diskutiert, ausgewertet und hinterfragt werden.“

ersetzen durch „um größtmögliche Transparenz in allen Fragen des Erkundungsverfahrens sowie der Erkundungsergebnisse zu sichern.“

Zeile 154 (ZURÜCKGEZOGEN)

Streichung des Teilsatzes „was es dann kann und schafft, muss und wird es aus eigener Kraft können und schaffen“

Zeile 221 (ÜBERNAHME)

„Haushaltspolitik mit Courage und Augenmaß“

Ersetzen durch „Haushaltspolitik mit sozialer Verantwortung und Augenmaß“

Zeile 245 (ÜBERNAHME)

Für den Satz „Der Solidarpakt läuft für das Land und die Kommunen aus Welche Veränderungen es im Bereich der EU-Fördermittel ab 2014 geben wird, ist zwar bisher offen - dass sich daraus aber negative Wirkungen für die Kommunalhaushalte ergeben werden, scheint klar.“

Wird eine redaktionelle Bearbeitung vorgeschlagen:

nach „offen“ Punkt setzen und neuer Satz: „Klar zu sein scheint allerdings, dass sich daraus negative Wirkungen für die Kommunalhaushalte ergeben werden.“

Änderungsantrag A 1.2

Zum Leitantrag

Einreicher: LAG Schule

Zeile 185 ff (ZURÜCKGEZOGEN)

Hinter den Satz „Die Bereiche Bildung, Soziales, Wissenschaft – die Markenzeichen von Rot-Rot – werden weiter deutlich als Prioritäten erkennbar sein.“

Einfügen: „Die LINKE Landtagsfraktion wird aufgefordert, Haushaltskürzungen in diesen Bereichen zu verhindern und nach weiteren Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen.“

Änderungsantrag 1.2 alternativ

Zum Leitantrag

Einreicher: Kerstin Kaiser, Thomas Nord, Christian Görke, Stefan, Ludwig, Thomas Domres, Thomas Falkner, Gerlinde Stobrawa, Marco Büchel, Margitta Mächtig, Lutz Kupitz, Gerrit Große, Dörte Putensen, Irene Wolff-Molorciuc, Anne Stolpe, Kornelia Wehlan

ÄA: 1.2.2 (ÜBERNAHME)

Nach Zeile 160: „und ihre Lebensleistung würdigt.“, wird wie folgt ergänzt:

Das heißt zuallererst: Was die Koalition beschlossen hat, hat Bestand. An den Programmen für die Personalausstattung in Schulen und Kitas, am Schüler-Bafög, an den Neuregelungen für die Musikschulen, an den Landesmitteln für den ÖBS, am Vergabegesetz, an der auf Einsparung von Ressourcen ausgerichteten Technologieförderung, an der verabredeten Personal- und Einstellungspolitik halten wir in vollem Umfang fest.

Begründung:

Die Aufzählung der finanzrelevanten Projekte war unvollständig. Zudem soll präzisiert werden, wo – auch angesichts des sinkenden Haushaltsvolumens – keine Kürzungen vorgesehen werden.



ÄA: 1.2.3 (ÜBERNAHME)

Nach Zeile 186 „Das ist unsere Zukunft.“ wird wie folgt ergänzt (oder ersetzt: bitte prüfen):

Die Bereiche Bildung, Soziales, Wissenschaft – die Markenzeichen von Rot-Rot – werden auch bei rückläufigem Haushaltsvolumen weiter deutlich als Prioritäten erkennbar sein und mit Vorrang finanziert. Wir werden hier um jeden Euro kämpfen – als wichtige Investition in Gegenwart und Zukunft.

Begründung:

Die Formulierung „deutlich als Prioritäten erkennbar“ bedarf einer Präzisierung; sie lässt zu viele Deutungsmöglichkeiten offen. Vor allem zwei Extreme müssen ausgeschlossen werden: Einerseits, dass die bereits jetzt prioritär behandelten Bereiche auch dann noch hinreichend behandelt sein könnten, wenn der jetzige Stand mit dem Absinken des gesamten Haushaltsvolumens auch hier linear herunter gefahren wird. Andererseits, dass sie von dem Gesamtanspruch „Soziale Verantwortung mit weniger Geld“ vollständig ausgenommen werden könnten. Die vorgeschlagene Präzisierung macht einen Handlungsauftrag und zugleich einen Handlungskorridor deutlich, der auch konkreter als der Änderungsantrag der LAG Schule ist.

Änderungsantrag A 1.3

Zum Leitantrag

Einreicher: Dieter Brendahl (Lausitz)

Heft 2 Zeilen 47 bis 49

sollte wie folgt geändert werden, um den Vorrang für Erneuerbare Energien sicher zu stellen:

Der vorrangige Einsatz Erneuerbarer Energien, höhere Energieeffizienz und Versorgungssicherheit sind zentrale Ziele der Brandenburger Energiepolitik und einer entsprechenden Förderpolitik.

Heft 2 Zeilen 50 bis 63

wie folgt zu ersetzen:

Die Braunkohlenverstromung in Großkraftwerken gilt nur noch als Auslauftechnologie - bei drastischer Verminderung des CO₂-Ausstosses. Die ursprünglich vorgesehene Erprobung der Speicherung abgeschiedenen Kohlendioxids (CO₂) in geologischen Formationen mit dem Ziel, neue Braunkohlengroßkraftwerke mit CCS-Technologie zu errichten, verzögert die Bereitstellung erneuerbarer Energien. Sie führt ebenso wie die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke zur Erhaltung der Monopolstrukturen des Energiemarktes: Bestehende Preisdiktate werden verfestigt, vorrangige Investitionen für die Entwicklung und den Bau von Energiespeichern zur Netzsicherheit von Elektroenergie werden verzögert oder verhindert.

Wesentliches Ziel des Strukturwandels ist deshalb die dezentrale Energieerzeugung entsprechend der Verbraucherstruktur.

Die Landesregierung wird beauftragt, Gesetze zur Förderung der Energieerzeugung in geschlossenen Stoffkreisläufen zu initiieren.

Die finanziellen Anreize nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz sind bis zur 100-prozentigen Umstellung auf erneuerbare Energien so anzupassen, dass die Förderung der erneuerbaren Energien überwiegt. Dazu wird die gegenwärtige direkte und indirekte, materielle und finanzielle Förderung der Versorgung und des Betriebes fossil befeuerter Dampferzeuger-Großkraftwerke schrittweise eingestellt. Erforderliche Anträge zur Novellierung des Bundesberggesetzes werden eingebracht.

Der Einsatz von Mini-Blockheizkraftwerken sichert hohe Effizienz der Energieerzeugung durch Kraft-Wärmekopplung und Anpassungsfähigkeit an Wind- und Solarenergieschwankungen. Er wird im Zusammenhang mit der Nutzung der Speicherfähigkeit des vorhandenen Gasnetzes besonders gefördert.

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Energiekonzern Vattenfall eine Vereinbarung abzuschließen, in der die vom Strukturwandel betroffenen Arbeitnehmer für eine Tätigkeit zur Konversion von Dampfkraftwerken bzw. für die Bereitstellung erneuerbarer Energien vorbereitet werden.

Änderungsantrag A 1.4

Zum Leitantrag

Einreicher: Peer Jürgens

Zeile 22 (ÜBERNAHME)

nach dem Satz: „... davon profitierenden Kinder und Jugendlichen.“ folgendes einzufügen:

„Mit der Einführung eines Teilzeitstudiums und einer leichteren Anerkennung von Studienleistungen wurde die Studierbarkeit verbessert.

Auch hat Rot-Rot die Hürden beim Zugang zum Master verringert.“

Änderungsantrag A 1.5

Zum Leitantrag

Einreicher: Anita Tack

10

bei Zeile 82 einfügen (ÜBERNAHME)

„Brandenburg brachte gemeinsam mit Berlin eine Bundesratsinitiative zur „Stärkung der Patientenrechte“ ein.“

Zeile 88 (ÜBERNAHME)

statt „medizinische“ bitte „gesundheitliche“ Versorgung

Zeile 90 einfügen (ÜBERNAHME)

„Die Länder führen eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht.“

an geeigneter Stelle zur Daseinsvorsorge bitte einfügen

„Angesichts der Hochwasserkatastrophen 2010 und 2011 wird die Landesregierung den vorbeugenden und aktiven Hochwasserschutz als Schwerpunktaufgabe im Rahmen der Daseinsvorsorge stärken.“

Änderungsantrag A 1.6

Zum Leitantrag

Einreicher: Birgit Wöllert

Zeile 91 (ÜBERNAHME)

Satz zu Hartz IV streichen und wie folgt ersetzen:

DIE LINKE lehnt die Hartz IV-Reform ab. Sie sichert kein menschenwürdiges Existenzminimum und entspricht nicht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes. Die Landesregierung stimmte im Bundesrat dem Ergebnis nicht zu.

Änderungsantrag A 1.7

Zum Leitantrag

Einreicher: Peer Jürgens und Gerrit Große

Zeile 14 (ÜBERNAHME)

ersetze den Satz „Bis 2014 kommen insgesamt 1250 neue Lehrkräfte hinzu.“
durch

„Bis 2014 wird die Lehrer- Schüler-Relation von 1:15,4 beibehalten.“

Änderungsantrag A 1.8

Zum Leitantrag

EinreicherInnen: Kerstin Kaiser und Thomas Nord

Zeile 346 (ÜBERNAHME)

ersetze die Jahreszahl 2030 durch 2020.

Änderungsantrag A 1.9

Zum Leitantrag

Einreicher: Kerstin Kaiser, Thomas Nord, Christian Görke, Stefan, Ludwig, Thomas Domres, Thomas Falkner, Gerlinde Stobrawa, Marco Büchel, Margitta Mächtig, Lutz Kupitz, Gerrit Große, Dörte Putensen, Irene Wolff-Molorciuc, Anne Stolpe, Kornelia Wehlan

Der Parteitag möge beschließen:

Die Zeilen 24 bis 37 werden wie folgt geändert: (ÜBERNAHME)

Arbeitsmarktpolitik: Die Arbeitslosenquote liegt in Brandenburg so niedrig wie seit langem nicht mehr; unser Land nimmt hier im Osten eine statistisch vergleichsweise gute Position ein. Gleichwohl haben wir mit einer verfestigten Sockel- und Langzeitarbeitslosigkeit zu kämpfen. Mit dem 2010 erfolgten Programmstart „Arbeit für Brandenburg“ kämpfen DIE LINKE und Rot-rot um den Einstieg in den Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS), damit Langzeitarbeitslose wieder eine Existenz sichernde Arbeit erhalten. Trotz komplizierter Haushaltslage hält Brandenburg dafür die im Koalitionsvertrag für den Zeitraum bis 2014 vereinbarten 40 Millionen Euro bereit - Während Brandenburg damit die Grenzen des Machbaren ausschöpft, kürzt die Bundesregierung die Mittel für Arbeitsförderung um bis zu 30%. Diese Mittel fehlen als Finanzierungsbaustein. Jetzt muss von Politik, Gewerkschaften, Verbänden und allen Betroffenen Druck aufgemacht werden, damit dies Bundesregierung bei der angekündigten Instrumentenreform im Herbst mit diesem Kurs gestoppt wird. Über eine Bundesratsinitiative wollen wir zudem erreichen, dass endlich dem vernünftigen Ansatz gefolgt werden kann, Mittel statt für Arbeitslosigkeit auszugeben in die Schaffung Existenz sichernder Arbeitsplätze im ÖBS zu investieren.

Begründung:

- 1. Auch angesichts der statistischen Verbesserung der Arbeitsmarktsituation in Brandenburg ist keine Euphorie angebracht. Das sollte in den Formulierungen berücksichtigt werden.*
- 2. Für die staatliche Arbeitsmarktpolitik trägt der Bund die Verantwortung; umgesetzt wird sie im wesentlichen über die Strukturen der Bundesagentur für Arbeit. Die Einführung des ÖBS in einem Bundesland ist daher ein Feld harter politischer Auseinandersetzungen, nicht allein eine Frage der Bereitstellung finanzieller Mittel. Das muss der Parteitag deutlich machen.*

Antrag A1 - Neufassung nach Übernahmen

Leitantrag: Den Wandel sozial gestalten

Einreicher: Landesvorstand

DIE LINKE hält Wort – Rot-Rot eröffnet Perspektiven

Brandenburg ist seit Eintritt der LINKEN in die rot-rote Koalition wichtige Schritte einer sozialen Modernisierung gegangen – ungeachtet aller aus der Vergangenheit herrührenden Probleme, die beide Parteien auch zu bewältigen hatten. Linkspartei und SPD im Bündnis haben zentrale Wahlversprechen bereits eingelöst. Dafür stehen beispielhaft fünf Bereiche:

- 1. Bildung:** Rot-Rot investiert in die Zukunft unserer Kinder und startete mit 400 Neueinstellungen ins Schuljahr. [ÄA 1.7: Übernahme] Bis 2014 wird die Lehrer-Schüler-Relation von 1:15,4 beibehalten. Seit 1. Oktober 2010 gilt – wie DIE LINKE versprochen hat – ein besserer Personalschlüssel in den Kitas des Landes. Für die Betreuung der Drei- bis Sechsjährigen ist er von 1:13 auf 1:12, in der Altersgruppe der bis Dreijährigen von 1:7 auf 1:6 verbessert worden. Die Mehrkosten von rund 36 Mill. Euro pro Jahr trägt das Land und schafft so über 900 zusätzliche Stellen für Pädagogen. Ein Schüler-BAföG für Abiturienten aus einkommensschwachen Familien wird einzig in Brandenburg gezahlt. Die Regierung sichert die hohe Qualität der Musikschulen und erweitert den Kreis der davon profitierenden Kinder und Jugendlichen. [ÄA 1.4: Übernahme] Mit der Einführung eines Teilzeitstudiums und einer leichteren Anerkennung von Studienleistungen wurde die Studierbarkeit verbessert. Auch hat Rot-Rot die Hürden beim Zugang zum Master verbessert.
- 2. Arbeitsmarktpolitik:** [ÄA 1.9: Übernahme] Die Arbeitslosenquote liegt in Brandenburg so niedrig wie seit langem nicht mehr; unser Land nimmt hier im Osten eine statistisch vergleichsweise gute Position ein. Gleichwohl haben wir mit einer verfestigten Sockel- und Langzeitarbeitslosigkeit zu kämpfen. Mit dem 2010 erfolgten Programmstart „Arbeit für Brandenburg“ kämpfen DIE LINKE und Rot-Rot um den Einstieg in den Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS), damit Langzeitarbeitslose wieder eine Existenz sichernde Arbeit erhalten. Trotz komplizierter Haushaltsslage hält Brandenburg dafür die im Koalitionsvertrag für den Zeitraum bis 2014 vereinbarten 40 Millionen Euro bereit - Während Brandenburg damit die Grenzen des Machbaren ausschöpft, kürzt die Bundesregierung die Mittel für Arbeitsförderung um bis zu 30%. Diese Mittel fehlen als Finanzierungsbaustein. Jetzt muss von Politik, Gewerkschaften, Verbänden und allen Betroffenen Druck aufgemacht werden, damit diese Bundesregierung bei der angekündigten Instrumentenreform im Herbst mit diesem Kurs gestoppt wird. Über eine Bundesratsinitiative wollen wir zudem erreichen, dass endlich dem vernünftigen Ansatz gefolgt werden kann, Mittel statt für Arbeitslosigkeit auszugeben in die Schaffung Existenz sichernder Arbeitsplätze im ÖBS zu investieren.

Gemeinsam mit der Nachbarwoiwodschaft Lubuskie bereitet sich Brandenburg auf die volle Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den 2004 beigetretenen EU-Staaten vor – neben dem Kampf für die Einführung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns wird DIE LINKE in diesem Zusammenhang vor allem die Chancen und Anforderungen thematisieren, die sich für die Entwicklung der Oderregion unter den neuen Bedingungen ergeben.

- 49 **3. Strukturwandel:** Brandenburg hat seinen bundesweiten Spitzenplatz beim Ausbau
50 regenerativer Energien verteidigt. Der Nachhaltigkeitsbeirat wurde neu berufen und
51 wirkt an einer alle Ressorts einbeziehenden Nachhaltigkeitsstrategie mit. **[ÄA 1.5.4:**
52 **Abstimmung]** **[ÄA 1.1.1: Abstimmung]** **[ÄA 1.3.1: Abstimmung]** Der *verstärkte*
53 Einsatz Erneuerbarer Energien höhere Energieeffizienz und Versorgungssicherheit sind
54 zentrale Ziele der Brandenburger Energiepolitik und einer entsprechenden Förderpolitik.
55 Damit realisiert Rot-Rot langjährige Forderungen der LINKEN. **[ÄA 1.3.2: Abstimmung]**
56 Die Braunkohleverstromung gilt nur noch als „Brückentechnologie“ – und auch das nur
57 bei drastischer Verminderung des CO₂-Ausstoßes. Bei einer möglichen Erprobung der
58 Abscheidung und unterirdischen Speicherung des Kohlendioxids (CCS) hat die Sicherheit
59 der Bevölkerung oberste Priorität. Menschen und ihr Eigentum dürfen nicht gefährdet,
60 die persönliche und wirtschaftliche Nutzung ihrer Grundstücke sowie die natürlichen Le-
61 bensgrundlagen von Tieren und Pflanzen nicht beeinträchtigt werden. Das Wirtschafts-
62 ministerium hat einen „Regionalen Erkundungsbeirat Ostbrandenburg“ einberufen, damit
63 alle Fragen des Erkundungsverfahrens sowie die Erkundungsergebnisse transparent,
64 zeitnah und öffentlich diskutiert, ausgewertet und hinterfragt werden. **[ÄA 1.1.2: Zu-**
65 **rückgezogen]** Brandenburg hat zudem Mindestanforderungen für CCS-Bundesgesetz
66 vorgelegt, das keine faktischen Ausnahmetatbestände für unser Land schaffen darf und
67 ohne das die weitere Arbeit am CCS-Verfahren nicht möglich ist.
- 68
- 69 **4. Stärkung von Liberalität und Rechtsstaat:** Rot-Rot sichert in Verantwortung des
70 ersten LINKEN Justizministers in einem Bundesland eine flexible und bürgernahe Justiz.
71 Um die Verfahrensdauer an den Sozialgerichten zu verkürzen, wurde bei 28 Stellen des
72 mittleren Dienstes die Befristung aufgehoben. Ferner hat die Landesregierung zusätz-
73 lich 27 neue Richter-Planstellen geschaffen, weitere Proberichter eingesetzt und so den
74 richterlichen Dienst nachhaltig gestärkt. Die Gerichtsstandorte, selbst als Neben- oder
75 Außenstellen, bleiben erhalten. Die Landgerichtsbezirksgrenzen werden an die Land-
76 kreisgrenzen angepasst. Die Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft wird
77 dadurch deutlich verbessert. Damit können positive Effekte vor allem in der Kriminali-
78 tätsbekämpfung erzielt werden. Die Polizei wird auch nach der anstehenden Polizeire-
79 form bürgernah arbeiten, in der Fläche präsent sein und die Einsatzzeiten beibehalten
80 können. Bewegungsfreiheit für Asylbewerber in Brandenburg wurde hergestellt, Rechts-
81 sicherheit für Datschen-Nutzer geschaffen.
- 82
- 83 **5. Kampf für eine andere Bundespolitik:** Gemeinsam mit Berlin bringt Brandenburg eine
84 Initiative für mehr Steuergerechtigkeit in den Bundesrat ein. DIE LINKE sieht darin mehr
85 als eine auf die Länderkammer begrenzte Geste für soziale Gerechtigkeit, sondern eine
86 längerfristige gemeinsame Linie der strategischen Auseinandersetzung mit Schwarz-
87 Gelb im Bund. **[ÄA 1.5.1: Übernahme]** **Brandenburg brachte gemeinsam mit Berlin**
88 **eine Bundesratsinitiative zur „Stärkung der Patientenrechte“ ein.** Eine weitere von
89 Brandenburg unterstützte Bundesratsinitiative zielte auf die Sicherung bezahlbarer Mie-
90 ten. Brandenburg trat auch der Bundesratsinitiative Mecklenburg-Vorpommerns für die
91 unentgeltliche Übertragung von BVVG-Gewässern an ostdeutsche Länder und Kommu-
92 nen bei. Zu diesem Erfolg beigetragen hat die Massenpetition, an der sich DIE LINKE mit
93 zahlreichen Aktivitäten beteiligt hat. Zugleich leistet die Koalition Widerstand gegen die
94 schwarz-gelbe Gesundheitsreform. Wir wollen die Gestaltungsmöglichkeiten der Länder
95 in der **[ÄA 1.5.2: Übernahme]** **gesundheitlichen** Versorgung stärken. Gemeinsam mit
96 den Bundesländern Berlin, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen hat Brandenburg

97 jede Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken abgelehnt. **[ÄA 1.5.3: Übernahme]**
98 **Die Länder führen eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht.**
99 **[ÄA 1.6: Übernahme] DIE LINKE lehnt die Hatz IV-Reform ab. Sie sichert kein**
100 **menschenwürdiges Existenzminimum und entspricht nicht den Vorgaben des**
101 **Bundesverfassungsgerichts. Die Landesregierung stimmte im Bundesrat dem**
102 **Ergebnis nicht zu.** Im Streit um die BBI-Flugrouten setzen wir auf Deeskalation, Infor-
103 mation, Transparenz und Dialog. Brandenburg fordert von der Deutschen Flugsicherung
104 so wenig wie möglich Lärmbelastung für Anwohner und entsprechende alternative
105 Planungen. Brandenburg hat auch gegen die Neuregelung der Sicherungsverwahrung
106 auf Bundesebene deutlich Stellung bezogen. Sie ist verfassungs- und menschenrechtlich
107 nicht haltbar und wird daher von uns in ihrer jetzigen beabsichtigten Form abgelehnt.
108 Die erneute Rüge für Deutschland durch den Europäischen Gerichtshof hat die Kritik
109 von Rot-Rot bestätigt. Den Kampf um eine andere Bundespolitik führen wir als Partei auf
110 allen Ebenen - im Bundesrat genauso wie im Bundestag. Dazu setzen wir auf eine enge
111 Zusammenarbeit mit der Brandenburger Landesgruppe der LINKEN im Bundestag.
112

113 **Widersprüchliches Umfeld**

114 Diese Entwicklungen vollziehen sich in einem widersprüchlichen Umfeld. Brandenburgs Wirt-
115 schaft hat – wie Deutschland insgesamt – fürs Erste die Talsohle der Krise verlassen. Doch
116 das gilt nicht für alle Bürgerinnen und Bürger und nicht für ganz Europa. Vielmehr vollzieht
117 sich der exportbasierte deutsche Aufschwung auch zu Lasten anderer EU-Länder und von
118 großen Teilen der Welt. Die 2008 offen ausgebrochene Krise des weltweiten Finanzsystems
119 ist bei weitem noch nicht zu Ende – wir erleben sie derzeit als Krise des Euro.

120 Aus durchaus unterschiedlichen Gründen sind Mitgliedsländer der EU in eine so bedrohliche
121 Lage geraten, dass die Finanzierung der öffentlichen Ausgaben ernsthaft gefährdet oder
122 sogar unmöglich wird. Zu den Ursachen gehören auch die gigantischen Banken-Rettungs-
123 pakete und natürlich die nicht regulierte internationale Spekulation. Die EU ist angesichts
124 dessen schon nicht mehr allein in der Lage, ihre Währung stabil zu halten, und braucht
125 Hilfe von China und Japan. Zugleich setzt sie intern – unter massivem Druck vor allem der
126 deutschen Bundesregierung – gegen die in Schwierigkeiten geratenen Mitglieder massive
127 Ausgabensenkungen und Kürzungen im Sozialbereich durch. Die Bürgerinnen und Bürger der
128 EU-Länder werden ein weiteres Mal zu schweren Opfern für die Machenschaften der Finanz-
129 wirtschaft und für das Versagen ihrer Regierungen genötigt.

130 Brandenburg stellt sich der Tatsache, dass hohe öffentliche Verschuldung mit dazu beiträgt,
131 die Finanzkrise zu verlängern, und für Spekulationen gegen den Euro missbraucht wird. Des-
132 wegen sehen wir uns in unserem Grundsatz einer Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß
133 bestätigt. Wir wollen den Euro als stabile Währung erhalten.
134

135 **Harte Herausforderungen**

136 In den ersten 20 Jahren der deutschen Einheit ist viel erreicht, aber auch viel verfehlt wor-
137 den. Illusionen, der blinde Nachbau West und Fehleinschätzungen haben dazu geführt, dass
138 Entwicklungspotenziale zusammenbrachen oder blockiert wurde; es gelang nicht, allen
139 Menschen eine Zukunftsperspektive zu ermöglichen.

140 Brandenburg ist deswegen auch ein Land mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit, verbreite-
141 ter Armut, einer kleinteiligen, eigenkapitalschwachen Wirtschaftsstruktur, erheblichen de-
142 mografischen Problemen und starken regionalen Disparitäten. Eine selbsttragende Entwick-
143 lung ist bislang nicht erreicht worden, der Landeshaushalt wird nur zu rund der Hälfte aus

144 dem eigenen Steueraufkommen gedeckt. Die Sonderzahlungen des Bundes und die Förder-
145 mittel der EU werden in dieser Legislaturperiode deutlich zurückgehen, der Solidarpakt bis
146 2019 völlig auslaufen. Jeder fünfte Euro, den wir jetzt noch einplanen können, wird in Folge
147 dessen am Ende des Jahrzehnts nicht mehr zur Verfügung stehen; der Gesamtumfang des
148 brandenburgischen Landeshaushaltes wird am Ende um fast 2 Milliarden Euro unter dem
149 heutigen Niveau liegen. Die CDU-geführten Geberländer versuchen erneut, Hand an den
150 Länderfinanzausgleich und die solidarischen Grundlagen des Föderalismus zu legen.
151 Zugleich ist die Verschuldung des Landes sehr, sehr hoch. Im Jahr 2004 nahmen die Zin-
152 sausgaben mit rund 850 Mio. Euro einen Höchststand ein. Aufgrund des zurzeit relativ gerin-
153 gen Zinsniveaus für Refinanzierungen und Kredite konnten die Zinsausgaben auf rund 740
154 Mio. Euro gesenkt werden. Trotzdem ist dieser enorme Kapitaldienst pro Jahr – noch dazu
155 bei steigender Tendenz – dauerhaft nicht zu verkraften.

156

157 **Mit Rot-Rot Brandenburg auf eigene Füße stellen**

158 Die rot-rote Koalition hat 2009 auch deswegen zusammengefunden, weil beide Partner wol-
159 len, dass Brandenburg sich von diesen Herausforderungen nicht überrollen lässt, sondern
160 sich ihnen aktiv stellt, dass das Land sich eine Perspektive erarbeitet und sie auch verwirkli-
161 chen kann.

162 Vor uns liegt also nicht nur eine Zeit, wo die finanziellen Mittel für das uns vertraute Bran-
163 denburg dramatisch zurück gehen – vor uns liegt auch eine Zeit, in der ein neues Branden-
164 burg entstehen wird, entstehen muss. Dieses Brandenburg wird weitestgehend auf eigenen
165 Beinen stehen **[ÄA 1.1.3: Zurückgezogen]**; was es dann kann und schafft, muss und wird
166 es aus eigener Kraft können und schaffen.

167 Der Weg dorthin beginnt jetzt. Es liegt auch in der Hand der LINKEN, dafür zu sorgen, dass
168 das neue Brandenburg ein gutes Brandenburg wird: Ein Brandenburg, das hauszuhalten
169 und seine Mittel klug zu investieren weiß, das nicht über seine Verhältnisse lebt, seinen
170 Bürgerinnen und Bürgern gerecht wird, ihnen Lebensperspektiven eröffnet und ihre Lebens-
171 leistungen würdigt. **[ÄA 1.2.2: Übernahme] Das heißt zuallererst: Was die Koalition
172 beschlossen hat, hat Bestand. An den Programmen für die Personalausstattung in
173 Schulen und Kitas, am Schüler-Bafög, an den Neuregelungen für die Musikschulen,
174 an den Landesmitteln für den ÖBS, am Vergabegesetz, an der auf Einsparung von
175 Ressourcen ausgerichteten Technologieförderung, an der verabredeten Personal- und
176 Einstellungspolitik halten wir in vollem Umfang fest.**

177 Dahin zu kommen, wird nicht leicht. Ob wir den Weg zu diesem neuen Brandenburg finden
178 und wie erfolgreich wir ihn beschreiten, hängt maßgeblich von der Politik ab. Vor allem aber
179 hängt es davon ab, ob und wie Politik und Bürgerinnen und Bürger gemeinsam diese Rich-
180 tung einschlagen und wie sie miteinander die Schrittfolge bestimmen.

181 Deswegen sagt die Koalition: Gemeinsinn und Erneuerung – das sind die Wegmarken in die
182 Zukunft. Erneuerung und eigene Kraft – darauf haben brandenburgische Landesregierungen
183 schon länger gesetzt. Mit Rot-Rot aber tritt der Gemeinsinn, treten das Solidarische, eine
184 aktive Bürgergesellschaft als bestimmendes Element hinzu. Das bedeutet: Erneuerung mit
185 Gemeinsinn, Erneuerung durch Gemeinsinn.

186

187 **Rot-Rot schafft Sicherheit in schweren Zeiten**

188 Mit dem Haushalt 2011 hat Brandenburg den ersten großen Schritt unternommen, um sich
189 den neuartigen Herausforderungen zu stellen: soziale Verantwortung – gepaart mit sozialer
190 Modernisierung – bei geringer werdenden finanziellen Mitteln. DIE LINKE will, dass dieser

191 Kurs auch in den noch schwierigeren Folgejahren fortgesetzt wird.
192 Das heißt zuallererst: Was die Koalition beschlossen hat, hat Bestand. An den Programmen
193 für die Personalausstattung in Schulen und Kitas, am Schüler-Bafög, an den Landesmitteln
194 für den ÖBS, am Vergabegesetz ... halten wir fest.
195 Rot-Rot schafft *Sicherheit in schweren Zeiten*. Wir wollen und werden in diesen Zeiten auch
196 weiterhin Entscheidungen treffen, die eine verlässliche und erträgliche Basis für die Verän-
197 derungen bieten. Wir werden sie transparent machen und erläutern, wir werden um Zustim-
198 mung ringen und auch selber dabei lernen.

199

200 Unsere Grundsätze der LINKEN lauten:

201 • **[ÄA: 1.2.1: Zurückgezogen] [ÄA 1.2.3: Übernahme] Die Bereiche Bildung, Soziales,**
202 **Wissenschaft – die Markenzeichen von Rot-Rot – werden auch bei rückläufigem**
203 **Haushaltsvolumen weiter deutlich als Prioritäten erkennbar sein und mit Vorrang**
204 **finanziert. Wir werden hier um jeden Euro kämpfen - als wichtige Investition in**
205 **Gegenwart und Zukunft.**

206 • Wir streichen *nicht* bei sozialen Leistungsgesetzen, wir streichen *nicht* Leistungen wie
207 das Blindengeld, sondern setzen bei der vergleichsweise hohen Investitionsquote un-
208 seres Landes an. Sie liegt derzeit bei 17,0 (2011) Prozent – zum Vergleich: in Sachsen
209 sind es 16 Prozent und in Bayern knapp 12. Es bleibt unser Vorsatz – und wir werden
210 täglich darum kämpfen: Wir sparen nicht auf Kosten der Zukunft; Substanz - bzw. Wer-
211 terhaltung werden sichergestellt und eine moderne Infrastruktur gewährleistet.

212 • “Die Entscheidung über die Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln in dieser Wahl-
213 periode muss vor allem an den wesentlichen Zielen der Koalition ausgerichtet sein.
214 Gleiches gilt für das politische Agieren Brandenburgs in Vorbereitung der neuen EU-
215 Förderperiode nach 2013.”

216 • Bei der Wirtschaftsförderung setzen wir verstärkt auf revolving Fonds. Die Zu-
217 schussförderung wird dabei auf eine Darlehensförderung für Unternehmen umgestellt.

218 • Für die Kommunen sorgen wir durch die Neugestaltung des Kommunalen Finanzaus-
219 gleichgesetzes (FAG) für so viel Stabilität wie möglich. Steigende Sozialausgaben tragen
220 zu den Finanzierungsproblemen von Kommunen und Landkreisen in erheblichem Um-
221 fang bei. Wir halten es deswegen für wichtig und richtig, dass das Finanzministerium mit
222 einem Gutachten nicht nur die Verteilung der Finanzmittel zwischen Land und Kommu-
223 nen untersuchen lässt, sondern auch Analysen und Aussagen zu der Frage in Auftrag
224 gegeben hat, ob die sozialen Kostenbelastungen durch die Finanzausgleichssysteme des
225 Bundes insgesamt adäquat ausgeglichen werden.

226 • Strengste Haushaltsdisziplin und die mittelfristig deutliche Absenkung der Nettoneu-
227 verschuldung prägen die rot-roter Politik in Brandenburg - eine Politik, die sich mit der
228 hohen Überschuldung des Landes nicht abfindet.

229 Den erforderlichen Abbau der Neuverschuldung betreibt DIE LINKE mit hohem sozialen Ver-
230 antwortungsbewusstsein – und zwar für heute *und* morgen. Das Interesse der jungen Gene-
231 rationen besteht eben nicht nur darin, in der Zukunft nicht von den heute gemachten Schul-
232 den erdrückt zu werden, sondern es richtet sich nicht minder auf soziale Chancengleichheit,
233 auf gute Bildung und nachhaltige Entwicklung heute.

234 Haushaltspolitik ist für uns aber nicht nur der intelligente Umgang mit weniger Geld – sie
235 beinhaltet auch Einnahmeverbesserungen, wo dies möglich ist: So hat Brandenburg zum
236 1. Januar 2011 die bundesweit höchste Grunderwerbssteuer eingeführt. Der Steuersatz ist
237 von 3,5 auf 5 Prozent angehoben worden. Das Land erwartet dadurch gut 30 Millionen Euro
238 Mehreinnahmen. Wer ein Grundstück für 100 000 Euro kauft, wird dadurch mit 1 500 Euro

239 mehr an Grunderwerbsteuer belastet.
240 Also: DIE LINKE bleibt bei einer **[ÄA 1.1.4: Übernahme] Haushaltspolitik mit sozialer**
241 **Verantwortung und Augenmaß**. Wir führen das Land verantwortungsbewusst und gerecht
242 durch die Krise und stellen die Weichen in zu Zukunft.
243

244 **Verantwortung in den Kommunen, Verantwortung für die Kom-** 245 **munen.**

246 Die Kommunen sind bundesweit in einer außerordentlich schwierigen finanziellen Situation.
247 Rot-Rot in Brandenburg gibt deswegen den zunehmenden finanziellen Druck, der auf dem
248 Land lastet, nicht blind an die Kommunen weiter. Bei wichtigen sozialen Vorhaben der Lan-
249 desregierung – so etwa bei der Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas – über-
250 nimmt das Land Kosten, die sonst bei den Kommunen anfallen würden.
251 Zugleich sorgt die Koalition für einen solidarischen Umgang mit den Ressourcen. In den
252 Haushaltsberatungen 2011 haben die Koalitionsfraktionen die Erhöhung des Hauptansatzes
253 für die Finanzbedarfsbemessung der kreisfreien Städte auf 150 durchgesetzt, um im Wege
254 der interkommunalen Hilfe besondere Soziallasten abzufedern. Ein Demografiefaktor wurde
255 eingeführt. Damit wird der Rückgang der Schlüsselzuweisungen aufgrund geringerer Einwoh-
256 nerzahl abgebremst und eine Umverteilungswirkung zwischen „Speckgürtel“ und äußerem
257 Entwicklungsraum zugunsten des äußeren Raumes erreicht. Mit der Finanzausgleichsumlage
258 leisten zudem ab 2012 einkommensstarke Kommunen erstmals Abgaben für finanzschwa-
259 che Gemeinden. Für dieses Jahr ist die Finanzausgleichsumlage zur Stärkung der allgemei-
260 nen Schlüsselzuweisungen in Höhe von 10 Mio. € vom Land übernommen worden. Solidari-
261 tät ist also keine Einbahnstraße.
262 Die kommunalen Haushalte sind aber – genauso wie der Landeshaushalt – auch mit einem
263 zurück gehenden Volumen konfrontiert. Der Solidarpakt läuft für das Land und die Kommu-
264 nen aus Welche Veränderungen es im Bereich der EU-Fördermittel ab 2014 geben wird, ist
265 zwar bisher **[ÄA 1.1.5: Übernahme] offen. Klar zu sein scheint allerdings, dass sich**
266 **daraus negative Wirkungen für die Kommunalhaushalte ergeben werden.** – dass sich
267 daraus aber negative Wirkungen für die Kommunalhaushalte ergeben werden, scheint klar.
268 Der Bevölkerungsrückgang kann nicht vollständig und vor allem nicht dauerhaft durch den
269 Demografie-Faktor kompensiert werden. Und die Finanzlage des Landes wird es nicht erlau-
270 ben, die Einnahmerückgänge bei den Kommunen auszugleichen.
271 DIE LINKE drängt darauf, dass das Land den Kommunen in dieser Situation – im Rahmen
272 des Möglichen und mit der Vielfalt der politischen, nicht nur finanziellen Mittel – hilfreich zur
273 Seite steht. Doch so, wie wir uns auf Landesebene den Herausforderungen stellen, werden
274 wir das auch in den Kommunen tun. Der Grundsatz ist dabei derselbe: Soziale Verantwor-
275 tung mit weniger Geld.
276 Konkrete Leitlinien des Landesverbandes kann es darüber hinaus jedoch nicht geben. Dazu
277 sind die Bedingungen in den Regionen und einzelnen Kommunen zu unterschiedlich. Wichtig
278 ist, dass DIE LINKE vor Ort – gemeinsam mit politischen Partnern innerhalb und außerhalb
279 der kommunalen Vertretungen – zu angemessenen, der konkreten Lage angepassten Kri-
280 terien für den Umgang mit den finanziellen Möglichkeiten und den politischen Spielräumen
281 findet und diese dann auch umsetzen kann.
282 DIE LINKE verliert auch unter diesen Bedingungen ihr Ziel nicht aus den Augen: wir wollen
283 starke Kommunen und mehr kommunale Selbstverwaltung.

284 In der „Normalität“ ankommen – und sie verändern!

285 Für die Jahrzehnte des Übergangs Ostdeutschlands in die vereinte Bundesrepublik ist ein
286 Ende absehbar; der Osten kommt in vielerlei Hinsicht in der bundesdeutschen Normali-
287 tät an. Das heißt auch: Wir werden uns mehr und mehr an vergleichbaren Bundesländern
288 messen müssen, wenn wir entscheiden, was Brandenburg sich leistet und was nicht. Diesen
289 Weg in die Normalität aber nur als Weg hinab von Sonderzuweisungen zu betrachten, führt
290 in die Irre. Dass Brandenburg künftig weniger EU-Mittel erhält, hat auch damit zu tun, dass
291 unser Land nach 20 Jahren harter Arbeit der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr zu den
292 bedürftigsten Regionen der EU gehören wird und die Solidarität der Europäischen Union, die
293 uns viel geholfen hat, nun anderen zukommen wird.

294 Zudem zeigen die Erfahrungen von Rot-Rot in den Ländern: Es sind durchaus Projekte
295 möglich, die die Gesellschaft verändern, ihrer Entwicklung neue Akzente und teils auch eine
296 neue Richtung geben.

297 Aber das alles bleibt begrenzt und fragil, so lange nicht auch im Bund ähnlich gerichtete
298 Bestrebungen in Gang kommen, so lange im Bund eine gegenläufige Politik betrieben wird.
299 Die schwarz-gelbe Bundesregierung spaltet das Land, spart zu Lasten der Ärmsten und auf
300 Kosten der Normalverdiener. Große Themen bleiben unangetastet: Die wirtschaftliche Glo-
301 balisierung ist voran geschritten, eine soziale und ökologische Globalisierung – die auch die
302 Lebensverhältnisse in Deutschland stabiler machen muss – ist ausgeblieben.

303 Es heißt: Die Normalität, auf die wir uns einrichten, kann und wird aber nicht die Normalität
304 von heute sein, vor allem nicht die „Normalität“, die die schwarz-gelbe Koalition im Bund
305 schafft.

306 Das Land braucht eine andere Politik, Brandenburg braucht eine andere Politik des Bundes.
307 Dafür setzt sich DIE LINKE ein.

308
309 Ein erster Schritt, der verdeutlicht, in welche Richtung wir strategisch streben, ist eine
310 gemeinsame Bundesratsinitiative mit Berlin – eine *Bundesratsinitiative* für **mehr Steuerge-
311 rechtigkeit.**

312 Bestandteil dieser Initiative sind die folgenden steuerpolitischen Maßnahmen :

- 313 • Eine deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensbesteuerung un-
314 ter Beibehaltung der derzeitigen Steuerprogression.
- 315 • Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- 316 • Sozial gerechte Anpassungen der Erbschaftssteuer
- 317 • Weiterentwicklung der Gewerbesteuer durch deutliche Ausweitung der Bemessungs-
318 grundlage

319 Wir setzen uns zudem für die zügige internationale Einführung einer Finanztransaktionssteu-
320 er von mindestens 0,05 Prozent auf alle börslichen und außerbörslichen Wertpapierumsätze,
321 Derivate- und Devisenumsätze. Diese Steuer soll in Deutschland zunächst mit einem Steu-
322 ersatz von mindestens 0,01 Prozent erhoben werden. Erstemissionen sollen von der Finanz-
323 transaktionssteuer befreit sein.

324 Entsprechende Beschlüsse sind auf Initiative der LINKEN im Landtag gefasst worden.
325 Diese politischen Initiativen sind über Brandenburg hinaus ausgerichtet. Wir wollen dabei
326 auch eng mit unserer Bundespartei zusammen arbeiten.

327 Trotzdem stellen wir uns der Herausforderung , soziale Verantwortung mit weniger Geld
328 wahrzunehmen. Auch wenn alle unsere Forderungen durchgesetzt sind, wird sich am Aus-
329 laufen des Solidarpaktes, am demografischen Wandel und an den Veränderungen bei der
330 EU-Förderung nichts geändert haben. Uns geht es mit dieser Initiative darum, die Kraft
331 unseres Bundeslandes und unseres rot-roten Bündnisses für soziale Gerechtigkeit in der

332 gesamten Bundesrepublik, für die gerechte Verteilung der Krisenlasten und für eine gerechte
333 Mobilisierung von Ressourcen für die Veränderungen zur Geltung zu bringen, die Deutschland
334 und Europa insgesamt durchlaufen werden und durchlaufen müssen.

335

336

337 **Aktive Politik ist nicht allein die Verteilung von Geld – Leitbild** 338 **für Brandenburg weiter entwickeln**

339 Politik ist stets mehr als die Verteilung finanzieller Mittel. Und wo die finanziellen Mittel zu-
340 rückgehen, muss die Politik sich ihrer weiteren Gestaltungsräume bewusster werden. Dazu
341 gehören Mut und Kreativität.

342 DIE LINKE in Brandenburg ist nach einer erfolgreichen, breite Kreise der Öffentlichkeit und
343 der Fachwelt erfassenden Debatte über ein Leitbild für Brandenburg in die Landesregierung
344 eingezogen. Unsere Leitidee von einem solidarischen Brandenburg, von einem Brandenburg
345 der Regionen, hat sich als tragfähig erwiesen.

346 Jetzt ist es an der Zeit, dieses Leitbild im Licht der gemachten Erfahrungen und der konkre-
347 ten Kenntnis der bestehenden Herausforderungen fortzuschreiben:

348 Wir müssen einerseits auf die Haushaltsslage und auf die demografische Entwicklung reagie-
349 ren.

350 Und wir wollen andererseits den ökologischen Umbau und den technologischen Wandel
351 befördern – und vor allem sozial gestalten. Das ist unsere Kernkompetenz.

352 Auf diesem Wege wollen wir gleichwertige Lebensverhältnisse in vielfältigen Regionen
353 erreichen. Wir sehen demokratische Teilhabe weiter als Schlüssel für ein zukunftsfähiges
354 Gemeinwesen an. Arbeit bleibt für uns zentrale Voraussetzung für ein Leben in Würde.

355 Die Zukunft liegt in der Bildung. Wir schreiten auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirt-
356 schaftsstruktur voran. Wir wollen starke Städte und lebenswerte ländliche Räume. Wir
357 erhalten Brandenburg als Kulturland. Wir entwickeln eine handlungsfähige und bürgernahe
358 Verwaltung. Wir sind fest verwurzelt im deutschen Föderalismus und streben seine solida-
359 rische Weiterentwicklung an. Auf Augenhöhe mit Berlin entwickeln wir gemeinsam unsere
360 Region. Wir sind aktiv in Europa und solidarischer Partner in der einen Welt.

361 Mit unserer Regierungsbeteiligung haben wir die Chancen für die Neuorientierung der Politik
362 vergrößert und sind erste Schritte gegangen. Erste Schritte sind nie das Ziel unserer Politik.
363 Indem wir sie gehen, muss sichtbar und erfahrbar werden, in welche Richtung der zweite
364 und dritte Schritt folgen sollen. Wir wollen Brandenburg dauerhaft sozial gerechter und
365 ökologischer machen, durch einen Politikwechsel das Land verändern, mit Alternativen neue
366 Perspektiven eröffnen und gestalten, unsere Projekte umsetzen.

367 Wie wir das bis **[ÄA1.8: Übernahme] 2020** anpacken und umsetzen, was sich dabei bereits
368 bewährt hat, was wir gelernt haben und was wir an neuen Ideen entwickeln können, wollen
369 wir jetzt in den Jahren bis 2013 gemeinsam erarbeiten und öffentlich diskutieren.

Antrag A9 (Initiativantrag) Neufassung

Arbeitnehmerfreizügigkeit – gute Arbeit - Chancen für unsere deutsch-polnische Region

Einreicher: Gesprächskreis “Europäische Integration”, LAG EL-Netzwerk, Ständiges Forum der Europäischen Linken der Regionen

Der Landesparteitag möge beschließen:

ARBEITNEHMERFREIZÜGIGKEIT - GUTE ARBEIT - CHANCEN FÜR UNSERE DEUTSCH-POLNISCHE REGION

Seit dem Beitritt von 12 mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern zur Europäischen Union in den Jahren 2004 und 2007 hat unsere Partei gefordert: Beschränkungen der Rechte der Bürgerinnen und Bürger dieser Länder gegenüber Bürgerinnen und Bürgern in den „alten“ Mitgliedstaaten, wie z.B. im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit, dürfen nur Übergangscharakter haben.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten waren aufgefordert, in ihren Ländern innerhalb des kürzest möglichen Zeitraums die Voraussetzungen für die Aufhebung dieser Beschränkungen zu schaffen.

Die Bundesrepublik Deutschland war neben Österreich der einzige „alte“ Mitgliedstaat, der die Arbeitnehmerfreizügigkeit über einen höchstmöglichen Zeitraum von sieben Jahren aussetzte. Die Beschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den beigetretenen Staaten fand seine Begründung zunächst in der konkreten Arbeitssituation in Deutschland. Hauptgrund für die volle Nutzung der Übergangsfrist durch die Bundesrepublik war jedoch das Agieren der Bundesregierung selbst, die sich strikt weigerte, hinreichende nationale Regelungen gegen Lohndumping und ruinösen Lohnwettbewerb einzuführen.

Für DIE LINKE Brandenburg gehört die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger zu den Fundamenten der Europäischen Union - nur wenn ausreichende Maßnahmen zum Schutz bestehender sozialer Standards ergriffen werden, wird die Europäische Union von den Menschen als Freiheitsgewinn und nicht als Bedrohung wahrgenommen. Unser Landesverband hat sich deshalb schon vor dem Jahr 2004 dafür eingesetzt, dass damals bereits absehbare Beschränkungen so schnell wie möglich aufgehoben werden. Im Landtag und im außerparlamentarischen Raum haben wir uns für flexible Regelungen starkgemacht, die die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland und in anderen Mitgliedstaaten ebenso berücksichtigen wie die Erfordernisse der Entwicklung gemeinsamer Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialräume in der deutsch-polnischen wie der deutsch-tschechischen Grenzregion. Im Koalitionsvertrag haben sich SPD und DIE LINKE dazu verpflichtet, ihren Beitrag zur Vorbereitung Brandenburgs auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für alle EU-Ausländer ab dem 1. Mai 2011 zu leisten. Wir konnten uns dabei auf die Unterstützung des DGB, der Wirtschaftskammern, von Arbeitgeberverbänden und auch aus den brandenburgischen Grenzstädten stützen.

Trotz all dieser Bemühungen fehlt bis heute in Deutschland ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn als Lohnuntergrenze, so wie er in 20 der 27 EU-Mitgliedstaaten bereits geltendes Recht ist. Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ wird nicht durchgesetzt.

49 Vor diesem Hintergrund erklärt der Landesparteitag:

50 1. Die Herstellung der vollen Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus
51 Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien sowie Ungarn am
52 1. Mai 2011, die mit der Aufhebung der verbliebenen Einschränkungen im Bereich der
53 Dienstleistungsfreiheit verbunden ist, stellt einen wichtigen Schritt zur Integration der
54 neuen Mitgliedstaaten in die europäische Staatengemeinschaft dar.

55 2. Es muss verhindert werden, dass ab dem 1. Mai 2011 deutsche und ausländische Ar-
56 beitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland gegeneinander ausgespielt werden
57 und Unternehmen Arbeitskräfte aus anderen EU-Mitgliedstaaten als Lohndrücker miss-
58 brauchen! Der Wettbewerb zwischen den Regionen und den Unternehmen darf nicht
59 auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Eine Abwärtsspirale bei den
60 Arbeits-, Sozial- und Lohnstandards würde zum Anwachsen antieuropäischer Ressenti-
61 ments führen.

62 Um den mit einer vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit einhergehenden Druck auf die Ar-
63beitsverhältnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu vermeiden, um Lohndum-
64pung zu verhindern und eine wirtschaftlich faire wie sozial gerechte Wettbewerbssi-
65tuation zu schaffen, müssen gesetzliche Mindestlöhne und soziale Mindeststandards
66 eingeführt werden. DIE LINKE wird sich deshalb weiter parlamentarisch und außerparla-
67mentarisch vor allem dafür einsetzen, dass es in der Bundesrepublik zum 1. Mai 2011 ei-
68nen gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen gibt. Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz
69 muss auf weitere Branchen ausgeweitet werden und die Erklärung der Allgemeinverbind-
70lichkeit erleichtert werden.

71 Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sowie generell gleiche Arbeitsbedin-
72 gungen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und Stammbeslegschaft müs-
73 sen ohne Ausnahme gelten.

74 In Brandenburg betrachten wir das geplante Landesvergabegesetz als einen wichtigen
75 Baustein für fairen Lohn sowie zur Sicherung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und
76 Arbeitnehmern.

77 3. Die Landespolitik ist gefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen für einen gemein-
78 samen Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialraum an Oder und Neiße zu schaffen. Wir wollen,
79 dass Deutsche und Polen hier in der Region, hier in ihrer Heimat ihre Zukunft gestalten
80 können. Wir unterstützen deshalb die „Frankfurter Erklärung“ vom 17. Januar 2011, mit
81 der sich die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, der DGB und die
82 Agenturen für Arbeit aus Ostbrandenburg sowie die Stadt Frankfurt/Oder erneut für
83 wirksame Schritte hin zu einer gemeinsamen europäischen Region starkgemacht haben.
84 Auch wir als DIE LINKE wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der Europäi-
85 schen Union bei uns herzlich willkommen heißen. Auch wir wollen grenzüberschreiten-
86 den Wirtschaftskooperationen und die Vernetzung der Arbeitsmärkte in der Grenzregion
87 weiter befördern. Und auch wir wollen den internationalen Austausch von Waren und
88 Dienstleistungen für wirtschaftliches Wachstum, für stabile Beschäftigung und Wohl-
89 stand nutzen.

90 Gemeinsam mit dem Koalitionspartner und den Partnern in den westpolnischen Woiwod-
91 schaften werden die Abgeordneten und Minister unserer Partei daran arbeiten, Versäum-
92 nisse der vergangenen Jahre und bestehende Hindernisse zügig abzubauen. Dazu gehö-
93 ren vor allem:

- 94 • der Aufbau stabiler Beziehungen zwischen den Arbeitsmarktbehörden in Brandenburg
95 und Westpolen;

96

- 97 • die Schaffung erweiterter Möglichkeiten für den Erwerb der polnischen bzw. der deut-
98 schen Sprache und generell eine bessere Vorbereitung deutscher und polnischer
99 Jugendlicher auf ein Arbeitsleben in einer zusammenwachsenden deutsch-polnischen
100 Region;
- 101 • der Aufbau von speziellen Beratungsmöglichkeiten für ausländische Arbeitnehmerneh-
102 merinnen und Arbeitnehmer, damit sie hier in der Region gleichberechtigt mit Deut-
103 schen ihre Rechte in Brandenburger Unternehmen wahrnehmen können.
104 Auch und gerade durch diese Schritte werden wir versuchen, bestehende Ängste, die es
105 auf beiden Seiten von Oder und Neiße gibt, abzubauen.
- 106 4. DIE LINKE Brandenburg wird die "Europawoche 2011, die vom 5. bis zum 16. Mai statt-
107 findet, nutzen, um mit den Brandenburgerinnen und Brandenburgern über "ARBEITNEH-
108 MERFREIZÜGIGKEIT - GUTE ARBEIT - CHANCEN FÜR UNSERE DEUTSCH-POLNISCHE
109 REGION" ins Gespräch zu kommen. Die Kreis-, Gebiets- und Ortsverbände der Partei
110 werden gebeten, gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten sowie den Brandenburger
111 Mitgliedern im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament durch Standakti-
112 onen, öffentliche Veranstaltungen und in anderen Formen die Positionen unserer Partei
113 in die Öffentlichkeit zu bringen. Diese Aktivitäten betrachten wir zugleich als einen
114 Beitrag unseres Landesverbandes zum Aktionsschwerpunkt der Partei "Kampf für einen
115 flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn".

116

UnterstützerInnen:

Initiativantrag A10

DIE LINKE Brandenburg für Fortsetzung der Diskussion um Technologien zur Senkung des CO₂-Ausstoßes - Ohne CCS-Gesetz keine Erkundung

Einreicher: Thomas Domres und Peer Jürgens

Der Landesparteitag beschließt:

DIE LINKE. Brandenburg bekennt sich zum im Koalitionsvertrag beschlossenen Kompromiss zu CCS-Technologien dort heißt es u.a:

„Eine wichtige Option ist die CCS-Technologie. Die Koalition wird sich für eine Erprobung und Demonstration dieser Technologie in Brandenburg einsetzen. Die Sicherheit der Bevölkerung muss dabei oberste Priorität haben. Die Speicherung von CO₂ muss so erfolgen, dass Menschen und ihr Eigentum nicht gefährdet, die persönliche und wirtschaftliche Nutzung ihrer Grundstücke sowie die natürlichen Lebensgrundlagen von Tieren und Pflanzen nicht beeinträchtigt werden. Ein umfassender Informationsanspruch der Bevölkerung vor und während der Maßnahmen muss abgesichert werden. Die Koalition wird die Forschung auf diesem Gebiet weiter unterstützen, damit die noch offenen Fragen zur Anwendung der CO₂-Speicherung beantwortet werden können. Die Koalition ist sich darin einig, dass der Prozess der Einführung neuer Technologien durch eine verstärkte Moderation der öffentlichen Hand begleitet werden muss, um die sich daraus ergebenden regionalen, sozialen und ökologischen Konflikte minimieren zu können.“

Die LINKE Brandenburg hat sich vor und nach der Wahl 2009 klar und deutlich kritisch gegenüber dem CCS-Projekt positioniert. In den Koalitionsverhandlungen haben wir uns deshalb konsequent für den Vorrang der Sicherheit der Bevölkerung, ihres Eigentums, sowie der Tier- und Pflanzenwelt vor der Zulassung einer CO₂-Verpressung eingesetzt.

Nach aktueller Kenntnis gibt es zunehmend Zweifel daran, dass sowohl eine Gefährdung der Gesundheit der Menschen und ihres Eigentums, als auch eine Beeinträchtigung der natürlichen Lebensgrundlagen von Tieren und Pflanzen und der persönlichen und wirtschaftlichen Nutzung von Grundstücken mit Sicherheit ausgeschlossen werden können. Sicherheit muss Priorität haben und die Fragen, Bedenken und Kritiken müssen auch weiterhin ernst genommen werden.

Wir sagen ganz klar: Ohne ein CCS-Gesetz darf es keine weiteren Genehmigungen zur Durchführung der Erkundung geologischer Formationen auf ihre Eignung für eine mögliche CO₂-Speicherung und zur Demonstration der CCS-Technologien in Brandenburg geben. DIE LINKE Brandenburg lehnt ein CCS Gesetz als „Lex Brandenburg“ ab. Darüber hinaus stellt der aktuelle Referentenentwurf keine ausreichende Grundlage für ein CCS-Gesetz dar, welches unseren Anforderungen entspricht. Wir sehen die Verantwortung für die Erarbeitung des Gesetzes nach Vorlage der Kriterien des Wirtschaftsministers und der gemeinsamen Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums und des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz ausschließlich bei der Bundesregierung.

DIE LINKE Brandenburg setzt sich auch weiterhin für eine offene und öffentliche Diskussion für neue Technologien zur Senkung und Vermeidung des CO₂-Ausstoßes, insbesondere bei der Verbrennung von Kohleprodukten ein. Ziel bleibt der mittelfristige Ausstieg aus der Braunkohleverstromung.

DIE LINKE. Brandenburg unterstützt die Landesregierung in den politischen Auseinandersetzungen

49 zungen um die CCS-Technologie in deren Bemühen um die Herstellung von Transparenz und
50 die Sicherung der Informationen der Bevölkerung.

51 Die aktuelle Debatte und der seit fast zwei Jahren anhaltende Protest in der Region Oder-
52 Spree und Märkisch-Oderland gegen die geplante Verpressung von CO₂ zeigen, dass das
53 Thema CCS zahlreiche Menschen, vor allem in der geplanten Erkundungsregion, bewegt.
54 Seit dem Beschluss des Koalitionsvertrages und dem dort getroffenen Kompromiss sind die
55 Entwicklungen um diese Technologien weiter gegangen. Zunehmend gibt es kritische bis
56 ablehnende Studien und wissenschaftliche Empfehlungen, vor allem zur CO₂-Verpressung.
57 Vorfälle wie in Kanada im Januar dieses Jahres mehrten Zweifel an der dauerhaften Sicher-
58 heit in Verpressungsgebieten. Selbst Versicherungsunternehmen versagen den Versiche-
59 rungsschutz einer Leckage-Haftpflicht-Versicherung, weil die CCS Technologie aus ihrer
60 Sicht nicht abschätzbare Risiken birgt. Vor diesen Hintergründen ist eine Akzeptanz der
61 Bevölkerung vor Ort für das Projekt als Voraussetzung für den Beginn der Erkundung nötig.
62 Ohne Akzeptanz und gegen den Willen der Bevölkerung wird es keine Verpressung von CO₂
63 geben. Die Durchsetzung von Betretungsrechten mit Hilfe der Polizei wird es mit uns nicht
64 geben.

65

66 Für ein CCS-Gesetz fordert DIE LINKE Brandenburg folgende Eckpunkte:

- 67 • ein CCS-Forschungs-, Pilot- und Demonstrationsanlagen-Gesetz muss bundesweit gelten
- 68 • das CCS-Gesetz muss den Demonstrationscharakter der Technologie mit den zugehöri-
69 gen spezifischen Anforderungen betonen
- 70 • es darf keine Lex Brandenburg geschaffen werden
- 71 • das CO₂ darf nur mit einem Reinheitsgrad von mindestens 99% verpresst werden
- 72 • eine möglichst späte Übertragung der Verantwortung auf die öffentliche Hand nach der
73 Stilllegung
- 74 • eine Regelung zur Abgabe nach Bundes- oder Landesrecht ähnlich der Wassernutzungs-
75 abgabe
- 76 • Die Gewerbesteuererhebung ist so zu gestalten, dass alle von der Speicherung betroffe-
77 nen Gemeinden angemessen und unmittelbar partizipieren (z. B. durch Einführung eines
78 Zerlegungsmaßstabes nach dem Beispiel der Windenergiebetriebe).
- 79 • eine Regelung zum Ausgleich für die Grundstückseigentümer sowie die Gemeinden auf
80 Basis privatrechtlicher Vereinbarungen
- 81 • Ausschluss einer Konkurrenz von anderen Möglichkeiten zur Nutzung des Untergrundes;
82 es darf kein genereller Vorrang für eine bestimmte Nutzungsmöglichkeit geschaffen
83 werden
- 84 • umfassende Regelungen zur wissenschaftlichen Begleitung und transparenten Informati-
85 onen
- 86 • Zur Förderung der Akzeptanz in der Öffentlichkeit sind eine transparente Ausgestaltung
87 des gesamten Prozesses der Genehmigungsverfahren sowie der Umsetzung eines Vor-
88 habens erforderlich und mit einem Gesetz abzusichern.
- 89 • einer Regelung zur Überprüfung des Gesetzes und Evaluierung der Ergebnisse im Jahr
90 2015

91

92 Parallel zur Entwicklung der CCS-Technologie muss mit Unterstützung des Bundes die
93 Grundlagenforschung zur Nutzung, Umwandlung sowie zur chemischen und biologischen
94 Fixierung von CO₂ ausgebaut werden.

Änderungsantrag C1.3 Neufassung

Programm zur Nachwuchsförderung

Einreicher: Die Mitglieder des Lehrgangs Politikmanagement im Ehrenamt 2010/11

(Diana Bader (KV Elbe-Elster), Michael Bolz (KV Märkisch-Oderland), Matthias Böhme (KV Märkisch-Oderland), Daniel Förster (KV Havelland), Alexander Frehse (KV Potsdam), Alexander Fröhlich (KV Teltow-Fläming), Hans Groene-wegn (KV Prignitz), Andrea Grunert (KV Potsdam), Nadine Heckendorn (KV Uckermark), Michael Kahle (KV Oder-Spree), Sylvia Kruse (KV Lausitz), Chriss Kühnl (KV Brandenburg an der Havel), Frank Müller (KV Barnim), Reiner Pro-döhl (KV Uckermark), Alexander Spulsky (KV Uckermark))

Zeile 130 f

Der Satz: „Dabei wollen wir auch auf bestehende Angebote anderer parteinaher Bildungsträger zurückgreifen“ soll ersetzt werden durch den neuen Absatz:

Der Landesvorstand erarbeitet ein Programm zur Nachwuchsförderung. Dieses Programm soll in Kooperation mit anderen parteinahen Bildungsträgern entwickelt werden.

1. Ziel des Programms soll es sein, aktive Funktionärinnen und Funktionäre und Kandidatinnen und Kandidaten für eine Funktion für ihre Tätigkeit zu qualifizieren und/oder weiterzubilden.

2. Ziel des Programms soll es sein, potenzielle Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu finden und auf die bevorstehenden Aufgaben, entsprechend den Fähigkeiten und Interessen der Kandidatinnen und Kandidaten, durch ein individuell zugeschnittenes Praktikum vorzubereiten und zu qualifizieren.

Zielgruppe für dieses Programm sollen vorrangig Genossinnen und Genossen der Partei, in begründeten Ausnahmefällen auch mit Zielen der Partei sympathisierende Kompetenzträger sein.

Begründung:

DIE LINKE ist gewachsen. Sowohl in ihrer Mitgliederzahl, als auch in ihrem Einfluss in den Parlamenten und ihrer öffentlichen Bedeutung als politischer Faktor in der Bundesrepublik. Um der damit einhergehenden gewachsenen Verantwortung gerecht zu werden, muss sie politischen Nachwuchs gewinnen und qualifizieren. Die Herausforderungen im Bereich der Personalpolitik wachsen. Häufig besteht ein Mangel einer ausgewogenen Mischung fachlicher Kenntnisse um die organisationsinterne Kultur, Analysefähigkeit und Kenntnissen der organisationsinternen Arbeitsweise, mal ist Fachwissen vorhanden – doch fehlen Kenntnisse über die Partei und ihre Milieus. Mal kennt jemand die Parteistrukturen hervorragend, bringt dafür aber keinerlei politisches Wissen in einem breiteren Verständnis mit. DIE LINKE muss die innerparteiliche Förderung und Qualifizierung aktiv gestalten. Die politische Personalentwicklung muss durch Systematik und Transparenz gekennzeichnet sein und setzt auf eine ausgewogene Mischung von konkreten Angeboten zur Qualifizierung und Maßnahmen der politischen Bildung. Die Nachwuchsförderung soll den inhaltlichen Bedürfnissen der Partei entsprechen. Die Professionalisierung von Personal ergänzt die beteiligungsorientierte Mitgliederpartei. Ziel ist es auch, die Partei auf allen Ebenen für das Thema Nachwuchsförderung und Personalentwicklung zu sensibilisieren.

Änderungsantrag C1.4

Zum Antrag C1 Die neue Partei mit Leben füllen

EinreicherInnen: Die Mitglieder des Lehrgangs Politikmanagement im Ehrenamt 2010/11 Diana Bader (KV Elbe-Elster), Michael Bolz (KV Märkisch-Oderland), Matthias Böhme (KV Märkisch-Oderland), Daniel Förster (KV Havelland), Alexander Frehse (KV Potsdam), Alexander Fröhlich (KV Teltow-Fläming), Hans Groenewegn (KV Prignitz), Andrea Grunert (KV Potsdam), Nadine Heckendorn (KV Uckermark), Michael Kahle (KV Landkreis Oder-Spree), Sylvia Kruse (KV Lausitz), Chriss Kühnl (KV Brandenburg an der Havel), Frank Müller (KV Barnim), Reiner Prodöhl (KV Uckermark), Alexander Spulsky (KV Uckermark)

UnterstützerInnen: KV Teltow-Fläming, KV Landkreis Oder-Spree, KV Potsdam-Mittelmark, KV Havelland, Reinhard Loeff (KPF), Annemarie Kersten (AG Umwelt), Peer Jürgens (KV Oder-Spree), Arthur Pech (KV Oder-Spree), Christopher Voß (KV Oder-Spree), Dieter Schlönvoigt (weitere in Diskussion)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Im Abschnitt zur Transparenten Kommunikation wird nach **Zeile 547** folgender Absatz eingefügt:

„Die verbesserte Kommunikation zwischen Vorständen und Fraktionen aller Ebenen soll sich aber nicht nur auf technische oder methodische Fragen beschränken. Diese können nur die Voraussetzung dafür sein, dass sich beide Gremienstrukturen jeweils in ihre politische Arbeit einbeziehen und dadurch nicht nur die Qualität und Effizienz der geleisteten politischen Arbeit erheblich verbessern. Sie sollen auch das wechselseitige Vertrauen auf eine sichere Basis stellen, um stets solidarisch und inhaltlich konstruktiv miteinander umgehen zu können.

Der politische Anspruch auf Beteiligung und enge Zusammenarbeit durch beide Gremien soll somit von Landesebene bis hinunter zur Kommunalebene in konkrete politische Kultur umgesetzt werden. Dabei kann auf bereits vorhandene gute Ansätze beispielsweise auf Landesebene zurückgegriffen werden.

Eckpunkte dieser Verbesserung der politischen Arbeit, die als nachdrückliche Empfehlung für alle Ebenen gelten, sind:

1. Vorstände und Fraktionen benachrichtigen sich gegenseitig mit ausreichendem Vorlauf vor ihren Sitzungen zu den jeweils anstehenden öffentlichen Tagesordnungspunkten.
2. Vorstände und Fraktionen tauschen schnellstmöglichst nach ihren Sitzungen übersichtliche Sofortinformationen über die wichtigsten behandelten Themen und Beschlüsse aus, beispielsweise per E-Mail.
3. Die Vorstände laden regelmäßig – wenn möglich mindestens einmal im Quartal – ausgewählte Mitglieder der Fraktionen zu Tagesordnungspunkten ein, zu denen eine gemeinsame Beratung mit FachpolitikerInnen angemessen erscheint. Die Teilnahme ist vorher mit ihnen abzustimmen, dann aber bindend.
4. Vorstände und Fraktionen führen möglichst halbjährlich eine gemeinsame Klausur zu grundlegenden politischen und strategischen Fragen durch.
5. Vorstände und Fraktionen finden selbstständig weitere Möglichkeiten der wechselseitigen Beteiligung – immer mit dem Ziel der gegenseitigen Beteiligung und Einbindung, und somit einer grundlegenden Verbesserung politischer Arbeit.“

Begründung:

Die in diesem Antrag empfohlenen Eckpunkte sollen im Wesentlichen zu einer breiten Verbesserung der politischen Arbeit im Landesverband beitragen.

Das soll über zwei wichtige Methoden geschehen: Einerseits müssen sich Vorstände und Fraktionen zukünftig gegenseitig im Voraus über die jeweils zu diskutierenden Themen informieren, aber danach auch über die Ergebnisse. Dadurch sind breite Beteiligungen an Debatten möglich. So kann das Wissen und die Kompetenz der gesamten Partei genutzt werden, während gleichzeitig auch das öffentliche Erscheinungsbild und das Auftreten der Partei abgestimmter, konsistenter und nach außen geschlossen wird. Das schafft Raum, um Diskussionen nicht übereinander über die Presse zu führen, sondern Probleme solidarisch miteinander in der Partei auszuräumen.

Andererseits kann die Bedeutung gemeinsamer politischer und strategischer Planung gar nicht überschätzt werden. Themen, mögliche Probleme und Konflikte können bereits frühzeitig erkannt werden, so dass man nicht plötzlich von der Tagespolitik eingeholt wird, sondern selbst Themen setzen kann. Zudem werden alle vorhandenen Ressourcen viel besser genutzt, so beispielsweise durch eine sinnvolle Arbeitsverteilung und frühzeitige Vernetzung mit Bündnispartnern. Ohne eine solide Planung sind solche Erfolge ansonsten eher der Zufälligkeit persönlicher Kontakte geschuldet.

Die hier formulierten Dinge sind eigentlich eine Selbstverständlichkeit: Vorstände und Fraktionen sollen konstruktiv zusammenarbeiten und sich gegenseitig in die politische Arbeit einbinden. Dadurch wird überhaupt erst die klassische Arbeitsteilung ermöglicht, in der der größere Rahmen für die politische Arbeit von den Vorständen abgesteckt wird, während sich die Fraktionen vor allem um die wichtige Tagespolitik und die Umsetzung der erarbeiteten Strategien kümmern. Dies muss gemeinsam geschehen.

Leider wird diese Selbstverständlichkeit nicht überall umgesetzt. In den meisten Fällen sind gute Ansätze vorhanden, gleichzeitig könnte aber noch viel getan werden. In diesem Sinne hoffen die AntragstellerInnen, dass sich dieser Beschluss eine Vorbildfunktion für den Landesverband ausstrahlen kann und dazu beiträgt, die politische Arbeit in der Breite erheblich zu verbessern.

DIE LINKE.
B R A N D E N B U R G

Landesgeschäftsstelle Brandenburg
Alleestraße 3
14469 Potsdam
Tel: 0331-2000 90
www.dielinke-brandenburg.de